

Saale-Beitung.

Dreiwöchentliches Jahrgang.

Angeligen... Erhalten nicht pünktl. Sonntags und Feiertage einmal.

Nr. 229.

Halle a. S., Dienstag, den 18. Mai.

1909.

Die Reise nach Wiesbaden.

Der Weltkreis ruht von Ungeheuern trächtig, Und der Geburten zahllose Plage...

Fürst Bülow ist ein guter Goethekenner. Er kennt also sicher auch das vornehmste Jiat des Dichters aus „Des Epiimenides Erwachen“.

konnte nicht in Aussicht genommen werden, da die Regierung, wie sie erklären ließ, zwar Ersatz für die indirekten Steuern...

Deutsches Reich.

* Die Abreise des Reichsanzlegers Fürsten Bülow nach Wiesbaden wird im Laufe des Vormittags erfolgen.

Neue Projekte.

Nach dem „Tag“ wird mit Zustimmung der Regierung in der Finanzkommission ein Antrag wegen der Erbschaftsteuer...

- 1. Die Zinsteuer aufzuheben; 2. den Zoll auf 50 Mt. für 100 Kilogramm zu ermäßigen; 3. eine Wertsteuer, welche sämtliche Tabakfabrikate...

Hierdurch soll der an Zoll und Steuern ausfallende Betrag sowie die jetzt von der Tabaksteuer- und der Finanzkommission vorgelegte Mehrerlöse von etwa 100 Mill. gedeckt werden.

Die Vorherrschaft Ostbeliens.

Der preussische Landtagsabgeordnete Hoff beleuchtet in einem Beitrage der „Frankfurter Zeitung“ mit Ziffern die Vorherrschaft, die das ostelbische Junkertum in beiden Häusern des Landtages ausübt.

Die sechs östlichen Provinzen, welche — selbst unter Hinzurechnung von Groß-Berlin — eine Einwohnerzahl von ca. 17 1/2 Millionen haben, verfügen demnach über nicht weniger als 200 Sitze im Herrenhause, also fast über eine Zweidrittel-Majorität, da auf die übrigen Provinzen mit fast 20 Millionen nur 118 Herrenhausmandate entfallen.

Die Vorherrschaft Ostbeliens ist in beiden Häusern des Landtages eine gleich offensichtliche, wenn sie auch im Herrenhause ungleich scharfer hervortritt als im Abgeordnetenhaus.

Und selbst der konservative Professor Sillebrandt in Breslau konnte sich nicht verlagen, der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß ein Gesetz betreffend Reform des preussischen Wahlrechts nie die Schwelle des Herrenhauses überschreiten möge.

„Unser König absolut, wenn er unfern Willen tut.“

Ueber die Ansichten des Lehrerbildungsgesetzes

machte der hannoversche Stadtdirektor Franm, der Mitglied des Herrenhauses ist, in den städtischen Kollegien Bemerkungen, in denen er, der „Frankf. Ztg.“ zufolge, hervorhob, daß das Herrenhaus den neuesten Beschläüssen des Abgeordnetenhauses bezüglich der Verteilung der Staatszuschüsse nicht zustimmen könnte und werde.

und er hätte es deshalb für ausgeschlossen, daß das Herrenhaus dem Gesetzentwurf in der neuen Fassung zustimmen werde. Es sei aber zu hoffen, daß noch ein Ausweg gefunden werde, und daß auch der Finanzminister schließlich nicht um der 1 1/2 Millionen Mark willen, die noch ungedeckt seien, den Städten einen berechtigten Anspruch abtrotzen, sondern für anderweitige Deckung sorgen werde.

Militärjustiz.

Vor dem Kriegsgericht Mühlhausen im Elsaß wurde, wie uns gemeldet wird, der Prozeß gegen den Rittmeister Grafen v. Gersdorff zu Ende geführt.

Parlamentarisches.

Die Wahlprüfungskommission des Abgeordnetenhauses hat die Wahl des Abgeordneten Hausmann (national-liberal) 7. Hannover (Hanneln) für ungültig erklärt, weil sämtliche Wahlprotokolle an einer nicht dazu berufenen Stelle einer Beisitzung unterzogen worden sind.

Parteinachrichten.

Köln, 16. Mai. Gegenüber den offiziellen Bemerkungen, der Reichsanzleger habe nicht mit dem Zentrum verhandelt, erklärt die ultramontane „Köln. Volksztg.“, das sie niemals behauptet worden.

Allgemeine Mitteilungen.

— Der Deutsche Flottenverein, der seine diesjährige Generalversammlung vom 2. bis 6. Juni in Kiel abhält, verleiht den Mitgliedsmitgliedern für das verflossene Vereinsjahr. Die innere Kritik des Vereins hat einen Mißklang in der Abwesenheit der „Flotte“ um 8,2 Proz. zur Folge gehabt.

— Gestern begann in Eisenach der vom alten Verband veranfaßte Verbandstag der Bergarbeiter Deutschlands. Der Vorsitzende Reichstagsabgeordneter Sadleir polemisierte bei der Eröffnung scharf gegen die christlichen Gewerkschaften, konstatierte aber ein enträgliches Verhältniß zu dem christlich-demokratischen Bunde.

— Unter großer Beteiligung aus ganz Deutschland traten am Sonntag in Berlin im Vereinsbau die Delegierten des Deutschen Jraaktischen Gemeindebundes zum XI. Gemeindetage zusammen. Den Hauptgegenstand der Beratungen bildete der Entwurf eines Organisationsgesetzes für die jüdischen Gemeinden Preußens.

Deutscher Reichstag.

259. Sitzung am 17. Mai, 1 Uhr. Ein von dem Präsidenten verlesenes Schreiben des Grafen Zepelin lobt den Reichstag ein zu einer Besichtigung seines Lustschlusses in Friedrichshafen am 5. Juni. (Braun) Die Beratung des

Viehsteuergesetzes

wird fortgesetzt mit der Abstimmung über § 67 a betr. Anbringung von Beschränkungen gegen Anordnungen bei der Bekämpfung von Viehsteufern im Inlande.

Es liegen dazu ein freiwiliger und ein sozialdemokratischer Antrag vor, die in etwas von einander abweichender Fassung fordernd, daß vor der Entscheidung über Beschränkungen eine mindestens zur Hälfte aus Sachverständigen zusammengesetzte Kommission anzuhören sei.

Die Anträge werden abgelehnt und der Paragraph unternommen. Ebenfalls der Rest des Gesetzes. Außer mehreren von der Kommission beantragten Reaktionen gelangt debattelos noch eine Resolution Liebenbergers (lon.) zur Annahme betr. baldigst mögliche Fortsetzung eines Gesetzentwurfs

Ans wurde schon vor einigen Wochen von glaubwürdiger Seite erzählt, daß der Monarch manchmal recht unzufrieden mit der inneren Politik in der Wilhelmstraße sei, — trotz der freundschaftlichen Briefe, die der Kanzler in regelmäßigen Zwischenräumen aus kaiserlicher Feder erhält.

Der Kaiser nimmt seiner Umgebung gegenüber kein Blatt vor den Mund. Solbständige Offenheit ist eine Tugend, die Wilhelm dem Zweiten auszeichnet. Und man soll dem Kaiser daraus keinen Vorwurf machen.

Die Lage ist für den Reichsanstalt also durchaus nicht günstig; sichere Ansichten von schweren Bedenken des Kaisers kamen nach Berlin, und deshalb ist Fürst Bülow in den letzten Tagen so überaus geschäftig gewesen.

Während es bisher sicher ist, als werde der Kanzler wohl zusehen, daß die Erledigung der Reform bis in den Herbst verschoben würde, während über Ersatzeuern nichts verlautete, und gefällige Federn für eine Vertagung bis zum Herbst Stimmung machten, ist der Wind inzwischen umgeschlagen.

Jetzt heißt es, die Finanzkommission solle über Pfingsten arbeiten, damit der Reichstag Mitte Juni die Finanzvorlagen aus der Kommission zurückerhält.

Wetter haben freilich konservativ, Nationalliberale und Freisinnige sich schleunigt zusammengetan und eine Art kleinen Bloed gebildet, der unbedingt für den Fürsten Bülow eintreten will.

Das sind kleine Ansätze zum Besseren, die vielleicht dem Kaiser bestimmten werden, dem Vorschlage seines Kanzlers beipflichtet und vor Mitte Juni keine Entscheidung zu treffen.

Fürst Bülow wird eben auch jetzt noch Zeit gewinnen und nachhaken, was von Anfang an verstimmt worden ist: die persönliche Prüfungnahme mit den Parteiführern. Dazu soll die Ferienpause benutzt werden.

Reichstagsferien.

W. Berlin, 17. Mai. (Privat-Telegramm.) Der Senatorenkonvent des Reichstages hat heute nachmittag abermals eine Sitzung abgehalten, in der eine Ausprache über die Geschäftsdispositionen stattfand.

Es wurde beschlossen, den Reichstag am Dienstag in die Ferien zu schicken; der Wiederzusammentritt des Plenums soll um den 18. Juni herum erfolgen, und zwar soll dann in der Hauptsache die erste Sitzung der von der Regierung vorschlagenden Erleichterungen vorgenommen werden.

behufs gesetzlicher Regelung des Abdeckereiwesens im Deutschen Reich.

Es folgt die erste Beratung des Entwurfs eines

Schnygebietsgesetzes.

Staatssekretär Dernburg

empfiehlt kurz den Entwurf, der lediglich unter Ausmerzung veralteter Bestimmungen die gegenwärtig geltenden Vorschriften einheitlich zusammenfaßt.

Abg. Erzberger (Ztr.):

Die Vorlage trägt einem vorläufigen Wunsch der Budgetkommission Rechnung, eine eingehende Prüfung ist aber doch wohl nötig, weshalb ich Vermehrung an die Budgetkommission beantrage. Namentlich scheint mir, daß § 10 der Verwaltung ein zu großes Maß von Rechten aufweist, ohne daß dagegen den Grundbesitzern genügende Rechtsmittel zur Verfügung stehen.

Abg. Dr. Arning (Nl.):

Auch wir meinen, daß das Gesetz an die Budgetkommission gehen muß. Und auch wir sind der Ansicht, daß ein solcher § 10 nicht in ein Staatsgrundgesetz gehört. Auch muß den Anliegern ein gewisses Maß von Freiheit in Bezug auf den Gouvernementsrat und dessen Bildung zuteil werden.

Staatssekretär Dernburg:

Ich glaube, daß diese Frage der Selbstverwaltung und des Gouvernementsrates doch wohl nur in einem lösen Zusammenhang mit der Vorlage steht. Ich glaube ferner nicht, daß irgend etwas von grünen Tischen gesprochen ist, was zu Beschwerden der Anlieger Anlaß geben könnte.

(In diesem Augenblick schreubert von einer der Tribünen herab ein Zuschauer, ein alter Herr — ein gewisser Herr Appelt aus Reidenberg in Böhmen — Flugblätter in das Haus, woran Reichsrent Graf Stolberg die sofortige Entzerrung des Betreffenden anordnet. Die Flugblätter enthalten eine Beschwörung darüber, daß der Genannte auf an den Kaiser gerichtete Klagen für seine „Heilwasserkur“ keine Antwort erhalten habe.)

Abg. Debesour (Soz.):

stimmt dem Antrage auf kommissarische Vorberatung zu, gegen einzelne Vorschriften polemisiert.

Abg. von Beger:

Auch wir sind damit einverstanden, wie ich namens meiner Freunde kurz zu erklären habe.

Staatssekretär Dernburg:

Gegenüber der ganzen Polemik gegen die Vorlage muß ich doch feststellen, daß die Vorlage nur Vorschriften bestehender Gesetze zusammenfaßt, denen das Haus selber bereits zugestimmt hat.

Die Vorlage geht dann an die Budgetkommission.

Weiter folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs betr. die

Verwaltung des Reichsinvalidenfonds

und des Reklamentfonds. Die Vorlage hebt die bisherige selbständige Verwaltungorganisation auf und überträgt die Verwaltung dem Reichsanwalt mit verbleibenden Aufgaben.

Nach kurzer Debatte wird die Vorlage gleich in zweiter Lesung angenommen.

Nächster Gegenstand ist die zweite Beratung des Gesetzes

unlauteren Wettbewerbs.

Abg. Ritter (Ztr.):

bemerkt zum § 1, es sei dankenswert, daß die Kommission die Generalklausel von dem Verstoß gegen die guten Sitten aufgenommen habe. Das Gesetz solle mit Recht den gewerblichen Mittelklassen schützen gegen unlautere Praktiken von Konkurrenten. Aber auch gegen unlautere Verhalten von Angestellten und gegen deren Beförderung durch Dritte. Durch die Generalklausel werde u. a. getroffen werden die Verleitung zum Vertragsbruch, das Scheitern und andere Unlauterkeiten. In juristischen Kreisen werde beklagt, daß die Kunst der Gesetzesauslegung nicht Schritt gehalten habe mit den Fortschritten des praktischen Lebens. Diese Klage sei nicht ganz unberechtigt. Um so mehr begrüßen wir die Vorlage, die dem gewerblichen Leben zum Segen gereichen werde.

Abg. Ding (Hösp.) d. Reichsp.):

Auch wir freuen uns, daß die Generalklausel eingefügt worden ist.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (Ztr. Sp.):

Diesen Erklärungen schreibe ich mich an. Es kommt bei dem ganzen Gesetz alles auf das Verständnis des Richters an. Es ist Sache der Verwaltung, den Willen des Richters für das praktische Geschäftswesen zu erklären. Das bayerische Justizministerium z. B. hat schon legensreiche Einrichtungen in dieser Hinsicht getroffen. Die ganze Bewegung auf Verklärung der Bestimmungen über den unlauteren Wettbewerb hat ihren Ursprung überhaupt in der Unzufriedenheit mit der Stellung der Richter zum gewerblichen Leben. Wenn hier Besserung eintritt, werden auch die Beschwerden in der Hauptklasse verschwinden.

Abg. Sievers (Nl.):

gibt namens seiner Freunde eine gleichartige Erklärung ab.

Abg. Junge (Nl.):

fügt hinzu, daß die Einfügung der Generalklausel auf einen Wunsch aller Parteien beruhe, und auf dem Wunsch aller beteiligten Kreise. Hoffentlich werde das Gesetz mit dieser Klausel sich wirksam erweisen.

Abg. Graf Carmer-Jeserwitz (kon.):

Auch nach Ansicht meiner Freunde war die Generalklausel unbedingt notwendig. Die betr. Klausel im Bürgerlichen Gesetzbuch, auf die die Regierung uns verwies, genügt nicht.

In § 3 wird unlautere Klame unter Strafe gestellt.

Abg. Roeren (Ztr.):

beantragt, in diesem Paragraphen die Worte „tatsächlicher Art“ zu streichen, so daß wissenschaftlich unbedeutend und zur Verführung geeignete Angaben überhaupt unter Strafe gestellt werden, wenn sie in der Absicht gemacht werden, den Anschein eines besonders günstigen Angebots hervorzuheben. Der Antragsteller nimmt Bezug darauf, daß der gesamte organisierte gewerbliche und kaufmännische Mittelstand in seinen Beschwerden und Eingaben diese Forderung erhebe. Man empfinde es unerträglich, daß man niemals mit Sicherheit nachsehen könne, ob das Gerücht in einer unlauteren Klame Angaben tatsächlicher Art finde oder nicht. Zur Begründung verweist Abg. Roeren insbesondere auf die Entscheidung des Reichsgerichts über die Verwendung der Bezeichnung „Hamburger Organsolager“. Die Geschäftswelt habe das Gesetz mit aufrichtiger Freude begrüßt. Da soll man ihr nicht durch Aufrechterhaltung des Haupttitels des Antrages nicht von vornherein das Vertrauen nehmen. Wer es mit dem Mittelstande gut meine, müsse die beiden Worte streichen.

Gesetzrat Dr. Dunga

betont, daß die erwähnte Entscheidung des Reichsgerichts schon neun Jahre alt sei und letzter in ständiger Rezipierung unter Angabe tatsächlicher Art alle solchen Angaben verurteilt werden,

deren Wahrheit oder Unwahrheit objektiv geprüft werden kann. Werden die Worte gestrichen, dann würde auch die Bezeichnung „Reklamant ersten Ranges“ getroffen werden können. Jeder Konkurrent habe dann die Möglichkeit, den ganzen Bericht über die Frucht der Strafsühne zu bringen.

Die Abg. Knod (kon.) und Ding (Sp.)

erklären sich für die Streichung der Worte.

Abg. Franz (Soz.):

betont, daß § 1 auf zivilrechtlichem Wege vollkommen genügende Möglichkeit zum Einreiten gebe. Die geschäftliche Konkurrenz solle aber selbst die Verantwortung für ihr Einreiten übernehmen und nicht dem Staatsanwalt aufbürden.

Abg. Dr. Junz (Nl.):

erklärt sich gleichfalls aus dem Vertreter des Reichsjustizamts angeführten Gründen gegen den Antrag Roeren. Nach einem Antrag auf namentliche Abstimmung, der inzwischen eingelaufen ist, schreibe es, als wolle man die Stellung zu diesem Antrage zum Prüffeld machen für die Energie und Entschlossenheit, mit der man dem Mittelstand helfen wolle. Dagegen müsse mit aller Entschiedenheit Verwahrung eingelegt werden.

Abg. Dr. Neumann-Hofer (Ztr. Vgg.):

spricht im gleichen Sinne. Der Antrag auf namentliche Abstimmung zeige deutlich, worum es sich handle; das sei ein demagogisches Vorgehen.

Abg. Werner (Ksp.):

ber den Antrag auf namentliche Abstimmung gestellt hat, zieht ihn mit Rücksicht auf die schwache Belegung des Hauses zurück und läßt ihn für die dritte Lesung stehen.

Der Antrag Roeren wird in einfacher Abstimmung mit einer Mehrheit aus der Rechten, dem Zentrum und einem Teil der Nationalliberalen angenommen.

§ 6 schreibt die Offenlegung des Warenverzeichnis beim Ausverkauf vor. Hierbei wird ein Antrag Dr. Müller-Meinungen angenommen, wonach die zuständigen gesetzlichen Vertretungen des Handels und Gewerbes anzuhören sind. § 10 ist der Schmiergeldparagraph, den die Kommission neu eingefügt hat. Die Sozialdemokraten beantragen seine Streichung.

Abg. Franz (Soz.):

Die meisten Handelstendenzen haben die Notwendigkeit dieses Paragraphen nicht anerkannt. Die Mittel der Selbsthilfe sind noch nicht erschöpft. Bessern Sie die Beamten und Arbeiter auf, dann brauchen Sie keine Schmiergelder anzunehmen. Der Begriff Schmiergelder ist nun noch gar nicht fest. Soll sich der Staatsanwalt einmischen, wenn ein Köchin vom Fleischer oder Wäcker keine Geschenke annimmt?

Abg. Graf Carmer-Jeserwitz (kon.):

tritt für den Paragraphen ein. In erster Linie richtet er sich gegen diejenigen, die bestochen, in zweiter Reihe gegen die Angestellten. Das Schmiergeldverwehen habe schon einen zu großen Umfang angenommen.

Abg. Dr. Nuyken (Ztr. Sp.):

Auch wir haben Bedenken gegen den Paragraphen. Er würde eine Anzahl Denunziationen gegen die Folge haben. Gegen unlautere Verhältnisse kann man schon jetzt einschreiten. Sie tun ja so, als ob es in Deutschland ganz und gar keine, Schmiergelder zu geben und zu nehmen! Stellen Sie doch den deutschen Kaufmannhand nicht in dieser Weise vor der Welt bloß! Beim Weinhandel haben Sie es genau so getrieben.

Abg. Ding (Sp.):

Dieses wird das Schmiergeldverwehen schon als Geschäftsunlauter angesehen. Es handelt sich um den ersten Versuch zur Regelung dieser schwierigen Materie.

Abg. Dr. Carlsson (Ztr. Sp.):

ist mit einem Teil der Freireinigen für den Kommissionsbeschluss.

Abg. Dr. Junz (Nl.):

tritt im Namen seiner Parteigenossen gleichfalls dafür ein.

Abg. Dr. Potthoff (Ztr. Vgg.):

erlaubt dringend um Ablehnung. Unter den zahlreichen Verbänden der Angestellten gebe es auch nicht einen, der diesen Paragraphen wolle. Zum mindesten solle man die Beirathung des Angestellten beiseite lassen.

Abg. Storz (D. Sp.):

ist sachlich für die Bestimmung, wünscht aber eine andere Fassung.

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg:

Es handelt sich um eine Materie, die in das Geschäftsleben tief eingreift. Die Sache ist noch nicht vollständig geklärt. Da aber leider Gottes das Anwesen einen weiten Umfang angenommen hat, hat die Regierung sich mitgearbeitet. Durch die Aufnahme des Tatbestandes der Unlauterkeit wird verhindert, daß dem Demagogenentsehn Tür und Tor geöffnet wird. Diese Fassung ist für die Regierung annehmbar.

Abg. Franz (Soz.):

Dieser § 10 ist ein Ausnahmefall gegen die Kleinen. Den Großen, den Tüppelstich und Konkorten, geschieht nichts. Die großen deutschen Firmen, die ausländische Armeelieferungen haben, würden keine einzige erhalten, wenn sie nicht Schmiergelder geben. § 10 a wird angenommen.

Abg. Sir (Ztr.):

spricht sich gegen das Rodaristwese aus. Dem Unfuge, der mit den Bezeichnungen Baperisches und Kulmbacher Bier getrieben werde, müsse gesteuert werden.

Der Rest des Gesetzes wird mit einer redaktionellen Änderung angenommen.

Dienstag 1 Uhr: Dritte Lesungen.

Ausland.

Der „Holländer“ fliegt noch immer.

□ Aus London wird vom 17. Mai dem „Tag“ gemeldet: Die Blätter bringen heute wieder zahlreiche Aussagen von Augenzeugen, die den „fliegenden Holländer“ in den letzten Tagen beobachtet haben. In Northampton ist das Luftschiff Sonabend um 9 Uhr, von Bedford kommend, erschienen und hat große Sensation unter den Bürgern der Stadt hervorgerufen. Zahlreiche Personen waren es in der Richtung nach Daventry verschwinden. Der „Daily Express“ veröffentlicht einen Brief von Major Mansfield, der das geheimnisvolle Luftschiff vor einigen Tagen bei Crowland gesehen hat. Der Brief enthält folgende interessante Bemerkung:

„Ich konnte die Unterhaltung der Leute in der Ballongondel deutlich hören, sie sprachen in tiefen Culturaläonen“; das soll natürlich heißen, sie haben Deutsch gesprochen. Die „Daily Mail“ bringt heute die Aussage eines Herrn Eggerton Free aus Clacton an der See, die

geeignet ist, in der Bevölkerung den Verdacht, daß es sich um einen deutschen Spion handle, zu verstärken. Herr Eggerton beobachtete das Luftschiff über der See, wo 1907 ein großes Landungsmanöver von Armee und Flotte ausgeführt wurde, und war bald fernwärts verschwunden. Am nächsten Morgen fand Eggerton ein eigentümliches Instrument an der Stelle der Rüste, über der das Luftschiff still gestanden hatte. Dieses Instrument, dessen Zweck nicht bekannt ist, besteht in einem und unter geschlossen ist; eine dünne, blanke Glasplatte geht durch den Gummiwall durch und reicht auf beiden Enden je einen Fuß lang aus ihm her vor. Das wichtigste aber ist: auf dem Gummiwall findet sich folgende Firmenmarke „Müller Fabrik Bremen“.

Die „Daily Mail“ hat bereits telegraphisch in Bremen nachforschungen gehalten, kann aber keine Gummiabdrücke dieses Namens dort ermitteln.

Das Ende des Pariser Poststreiks.

Der französische Poststreik kann jetzt nicht allein als gescheitert, sondern schon fast als beendet angesehen werden. Offiziell zwar geben die Streikenden ihre Sache noch keineswegs verloren, und in einer neuerlichen Verammlung wurde eine Resolution angenommen, die dem unerwünschten Ausbruch der Streikenden auf Sieg und dem Wunsch fortzusetzen. In den dort gehaltenen Reden wurde versichert, daß die Arbeitssubjekte den Streikenden die Unterstützung gewähren würden. Dabei könnte es sich, da finanzielle Beistände allein den unvorsichtig unternehmenden Beamtenstreik nicht mehr retten können, nur um das Mittel des Sympathiestreiks handeln. Auch dieser aber könnte nur von erster Bedeutung werden, wenn er allgemein wäre. Der Generalsekretär der „Confédération générale du travail“ Niel, hat aber seine Ansicht ablehnend über den Generalstreik ausgesprochen. Er ist für die Überzeugung, daß juristisch das Poststreik „noch nicht reif genug“ ist, um einen solchen gefährlichen Versuch mit Erfolg durchzuführen. Man müsse es als Verbrechen bezeichnen, die Arbeiter durch aufreizende Worte, denen Taten nicht folgen könnten, zu „blößen“. Der Entbusiasmus der Meetings sei ein Strohhalm, das, wie ich schon oben noch gesagt, schnell verfliehe. Seine verlässliche Ansicht sei gegen den Generalstreik, der nicht einmal verurteilt werden wird.

Die Regierung hat inzwischen wohl eine große Zahl der noch Schwankenden unter den Beamten auf ihre Seite gebracht, indem sie die Beratung des verprochenen Beamtenstatuts so sehr wie möglich, beschleunigt. Das Statut gestattet den Beamten, ihre Organisation beliebig zu benennen: „Syndikat“, „Reinigung“ oder „Genossenschaft“ (société mutuelle). Diese Organisationen werden in Zukunft das Recht haben, Immobilien zu besitzen und Einkünfte anzunehmen. Die Organisationen können zwischen verschiedenen Arten von Verbänden wählen und sich zum Beispiel als Verbände der Beamten eines und desselben Verwaltungszweiges oder der Beamten der gleichen Gehaltsklasse zusammenschließen. Werden die Organisationen Genossenschaften, so dürfen sich diese mit anderen gleichen Vereinen in Frankreich verbinden. Verbände von Beamtenhändlern oder -verwandten mit sich beizubehalten und in einem Ministerium wird ein Disziplinarausschuß aus Beamten gebildet werden. Einprüfungen gegen ein Urteil muß innerhalb eines Monats erhoben werden. Das Beamtenblatt steht auch Gerichtsbeschlüssen vor, vor denen die Beamten zu erscheinen haben, deren disziplinarische Strafen über sie verhängt werden können. Solche Gerichtsbeschlüsse, die aus fünf bis sieben Richtern bestehen, werden in jedem Departement vorhanden sein. Ueber diesen Gerichtsbeschlüssen steht ein Appellgericht mit dem Sitz in Paris.

Ein französischer Hauptmann als Gauner.

Zur Aufdeckung einer Betrugsaffäre, die zur Verhaftung des Artilleriehauptmanns Marx und des Agenten Serres führte, hat der Deputierte Genty wesentlich beigetragen, der durch den Sportsman de Luna über den angeblichen Einfluß erfährt, den der Hauptmann zur Ausübung von Strafreifen und Segnabungen ausübt. Tatsächlich besaß Marx den Einfluß gar nicht; er mußte sich aber die Akten von Vallen, deren vollständige Auslegung nicht zweifelhaft war, zu verschaffen und ließ dann die Interessen durch eine Unterfertigung des Ministers abhängen, und verpfändete sich, diese gegen Entschädigung beträchtlicher Summen zu verschaffen. Genty ließ sich beträchtliche Beträge bezahlen, um die Verfertigung junger Leute von der Dienstpflicht auszuwickeln. Auf diesem Gebiet vermodete tatsächlich sein Einfluß, das Verprochene meist durchzuführen. In Amiens, wo Marx Berichterstatter beim Kriegsgericht war, führt er wegen seiner auffallenden Miße, die ihn mehrfach mit dem Regierungskommissar in Gegenjagd brachte, den Spitznamen „Hauptmann Freispruch“.

Halle und Umgebung.

Stadtverordneten-Sitzung. Halle a. S., 18. Mai.

Salle, 17. Mai.

Am Vorabendlich die Herren Geh. Kommerzienrat Steudner, Oberlehrer Prof. Dr. Wanger und Zahnarzt Grefler.

Zunächst werden eine Reihe Petitionen bekanntgegeben. Eine Anzahl Anwohner der Merseburger Straße wünschen eine Neupflasterung des östlichen Teils der Straße. Die Sache geht an den Bauauschuß. — Eine Eingabe des Untermarschallers Herzog, in der er sich über Entlassung (ohne Pension) bedauert, wird dem Petitionsausschuß übergeben. — Eine Eingabe des 3. kommunalen Vereins bittet, elektrische Beleuchtung für die Neue Promenade und den Steinweg einzurichten. Die Eingabe wird auf 4 Wochen zurückgelegt. — Der

frühere Weisheit brüden. Pächter Specht petitioniert um eine Unterkrüftung, die er gänzlich mittellos gemacht sei. Er habe seinen Brosegen gegen die Stadt gewonnen. Sei noch einmal beim Kreisgericht Revision gewonnen. Die Sache komme dort erst 1910 zur Einlegung. Er bitte, ihm jetzt in Anlehnung seiner Bezahlung, kleine monatliche Ratenzahlungen zu geben. Die Eingabe geht an den Petitionsausschuß, nachdem die Herren Stvo. Döbler und Töbele Überweisung empfohlen hatten.

Eine Petition der Anlieger der Bernhardt- und Wegscheiderstraße betreffend die Wegscheider- und Wegscheiderstraße wird von neuem bis zum 15. Juni an Petitionsausschuß in Mitglied der Baudeputation zurückgelegt, nachdem die Verhandlungen im Gange seien.

Eine Eingabe des 3. kommunalen Vereins bittet um Verlegung der sehr primitiven Bedürfnisanstalt im Parkgarten der Moritzstraße, sie wird bis zum 30. Juni am Magistrat ist eine Vorlage eingegangen, die eine Neuordnung der Schönknechtstraße betrifft.

Sie wird dem Staatsanwaltschaft überwiesen, der um die Herren Stvo. Reil und G m m r erklärt wird. Danach tritt man in die Tagesordnung ein.

Punkt 1 fällt aus.
2. Für die Arbeiterstraße sind die Grundflächen von der Böhmische und Comp. geteilt worden. In Rücksicht auf die von einem Anlieger beabsichtigte Errichtung eines Neubaus an der weiteren Strecke der ersten genannten Straße, empfiehlt es sich, auch für die Reststücke Grundflächen festzusetzen. Die Veranlassung stimmt zu. (Ref. Herr Stvo. G g a s.)

3. Der Kaufmann Alfred Leidlöffel läßt auf seinem Grundstück Ratzeburgerstraße 10 einen Neubau in der planmäßigen Grundfläche errichten. Nach letzterer ist eine Parzelle von ca. 8 Quadratmeter Flächeninhalt zur Straße hin zu verlegen. Herr Leidlöffel fordert hierfür eine Entschädigung von 180 Mk. pro Quadratmeter. Es find an anderer Stelle schon 167 Mk. für das Quadratmeter in der Ratzeburgerstraße gezahlt worden. Hier ersucht der höhere Preis annehmen, da es sich um ein Grundstück handelt, das nur geringe Tiefe hat. (Ref. Herr Stvo. G g a s.)

Punkt 4 fällt aus.
5. Die Veranlassung genehmigt, daß der Landbesitzer vom Hospitalplan Nr. 17 in Größe von etwa 340 Quadratmetern nahe der Grube „Große Zukunft“ für den Preis von 60 Mk. pro Ar an die Gemeinde Möglich als Straße veräußert wird. (Ref. Herr Stvo. B l u m e n t r i t t.)

6. Die Rechnung der Rämmerstraße für 1906 (ausgeschlossen Kap. X, XI und XIII) wird entlastet. (Ref. Herr Stvo. S p r i n g e.)

7. Die Rechnung der von Rittergüter Stiftung für das Kalenderjahr 1906 wird entlastet. (Ref. Herr Stvo. H s m a n n.)

8. Desgleichen die Rechnung über das Baukonto „Ausbau der Bismarckstraße“. (Ref. Herr Stvo. S t e p h a n.)

9. Die Rechnung für die Christiane Richter-Stiftung zu Halle wird genehmigt. (Ref. Herr Stvo. S i e m e n s.)

Punkt 11 fällt aus.
12. Der Pächter der Sandgrube am Goldberg, Hermann Böhm, bittet, aus Anlaß der Kündigung des Pachtverhältnisses ihm die für die Sandgrube gemachten Aufwendungen zu vergüten und die hinterlegte Sicherheit zurückzugeben. Die Veranlassung beschließt, nach einem Referat des Herrn Stvo. B l u m e n t r i t t, seinem Antrag gemäß die Petition dem Magistrat zur Erwägung zu überweisen.

13. Es ist übersehen worden, für die in diesem Jahre neu gegründeten Botschaften Nr. 43 und 44 des Personalrats (Seite 288) Kleidergelder à 50 Mk. vorzusehen. Es werden 100 Mk. nachbewilligt. (Ref. Herr Stvo. K n a b e.)

14. Der Herr Minister für Handel und Gewerbe hat den bisherigen Staatszuschuß von 1500 Mk. für die Rechtsauskunftsstelle für das Jahr 1909/10 nicht genehmigt. Die Veranlassung beschließt, die bei Kap. VI. A. 7 des Haushaltsplanes zu ermartende Mindereinnahme aus den zu erwartenden Ueberflüssen des Rechnungsjahres 1909 zu decken. (Ref. Herr Stvo. K n a b e.)

15. Dem in dem Entgeltungsstermine vom 1. Mai 1909 mit dem Baumeister Kühnt vereinbarten Bezugslohn stimmt die Veranlassung zu. Nach dem Vergleich hat der Baumeister Kühnt die zur Uebernahme entfallende Parzelle von 21 Quadratmeter Größe zum Preise von 22,50 Mk. pro Quadratmeter, also zum Gesamtpreise von 472,50 Mk. schulden- und lassen sich an die Stadtgemeinde zu übergeben. Diese stellt die Einfriedigung in der neuen Grundlinie wieder her. Die hierfür aufzuwendenden Kosten sind auf 570 Mk. veranschlagt. Der Referent Herr Stvo. G g a s bemerkt, daß der eine Taxator 15 Mk., der andere 30 Mk. für die Einfriedigung, worauf der Bezirksauschuß das Mittel: 22,50 Mk. nahm, was ein dritter Sachverständiger als richtig begründete.

Zum Schluß wird noch eine von den sozialdemokratischen Stadteordneten eingebrachte Interpellation verhandelt, die mit Bezug auf die

Wohnungsnot

verlangt, daß der Magistrat eine Vorlage machen möge, den Wohnungsmanagement insoweit einzuführen, daß nicht mehr dadurch die Bevölkerungsziffer herabgedrückt wird.
Als erster Interpellant erhält der Wort dazu Herr Stvo. Töbele. Er sagt dar, daß an dem Rückgang der Bevölkerung, die statt in der gewohnten Weise jährlich um 2000-4000 Köpfe zunehmen, um 1½ Tausend abgenommen hat, nicht die wirtschaftliche Krise allein die Schuld trägt. Auch die Wohnungsnot spiele dabei eine große Rolle. Wir haben nicht nur einen schweren Wohnungsmangel, sondern auch infolgedessen eine Kalamität, als die kleinen Wohnungen in Halle sehr teuer, viel teurer als in vielen anderen Städten sind. Auf die mittleren und großen Wohnungen trifft das nicht zu. Sollen rangiert im Prozentfuß der leerstehenden Wohnungen hinsichtlich der Knappheit an dritter Stelle, hinter Mannheim und Krefeld. Aber wenn man bedenkt, daß hinter dem leerstehenden Wohnungen solche sind, die schon ein halbes Jahr, in zwei Jahre keine Mieter fanden, so darf man wohl annehmen, daß Halle noch schärfer hit als Krefeld und Mannheim, denn die Wohnungen, die bei solcher Nachfrage so lange leer stehen, dürfen wohl als nicht mehr bewohnbar bezeichnet werden. Durch die private Bauwirtschaft sei keine Hilfe zu erhoffen; da muß die Stadt eingreifen. Die Stadt braucht nichts einzubringen, sie soll natürlich dabei auch nicht verdienen. Für das gefällige Leben unserer Stadt ist es ein Nachteil, wenn die Bevölkerungsziffer zurückgeht, 8 Arbeiterfamilien, die insgesamt

10.000 Mk. Jahresentnahme haben, verzehren diese 10.000 Mk. in Halle, ein Wohlhabender, der nach Halle herzieht und die große Jahresentnahme, 10.000 Mk., hat, gibt aber einen großen Teil dieses Geldes nach auswärts. Die Stadt kann eine Million aus Sparmitteln flüssig machen zu Hypotheken. Es müssen aber nicht bloß ein Dutzend Häuser errichtet werden, sondern für ein paar tausend Menschen ist Unterkunft zu schaffen, einfache, gesunde, preiswerte Wohnungen. Dann werden auch die alten Baracken im Innern der Stadt, die jetzt noch benutzt werden, weil sich Mieter dazu drängen, verschwinden, im Interesse der öffentlichen Gesundheit, und gern verschwinden, ohne daß die Stadt so exorbitante Preise bei etwaigem Erwerb zu zahlen hat.

Herr Vorsteher Steiner: Der Kern der Sache ist in der Öffentlichkeit wiederholt erörtert worden. Wie behaupten wir den Gegenstand geschäftsmäßig? Redner sieht die Ursache des Bevölkerungsrückgangs einzig in der Krise in der Industrie. Er habe mit Leuten Rücksprache genommen, die nicht nur gern bauen, sondern auch als Lieferanten von Holz, Trägern usw. Interesse an der Bauwirtschaft haben. Sie erklärten: Wir brauchen keine Aktivität seitens der Stadt. Es ist bei Privatentlastung zu bauen vorhanden, aber ein Hindernis sind die baupolizeilichen Bestimmungen (über den Ausbau der Straße) und die Bauangeordnungen. Das hindert den Bau einfacher - ich sage nicht Arbeiter - Wohnungen. Damit, daß man dem Magistrat den Bau von Wohnungen aufweist, ist nicht genügen. England und Holland sind an weiteren im Bau von Kleinwohnungen vorgeföhren. Es fällt aber dort keine Privatperson und keiner Kommune ein, solche Häuser zu errichten, sondern es macht eine Kompagnie. Man muß übrigens darauf sehen, daß man solche Kolonien nur ba anlegt, wo sich die Industrie ansiedelt. So sehr der Gedanke des Herrn Töbele distastabel ist, so unerlässlich ist, daß die Baupolizeiordnung und die Bauangeordnung revidiert werden. Hinsichtlich der Baupolizeiordnung sind bereits Änderungen im Werden. Wir müssen daran denken, daß wenn wir in diesem Jahr über die wirtschaftliche Krise hinwegkommen und im nächsten Jahr auf Zugang zurückgehen haben, auch Wohnungen für die zuwandernden Arbeiter haben.

Herr Stvo. Blumentritt bittet, den Antrag auf 4 Wochen zurückzuführen, da in der Magistrat eine Vorlage angehängt hat. Redner erhofft auch Besserung durch die Milderung der Baupolizeiordnung und der Bauangeordnung.

Herr Oberbürgermeister Dr. Rive erklärt, daß die Arbeiten zur Revision der Baupolizeiordnung und der Bauangeordnung vor dem Abschluß stehen. Zweifellos hätten beide Ordnungen Einfluß auf den Wohnungsmangel. Eine Vorlage über die Einrichtung einer Wohnungsinspektion sei unterwegs.

Nach kurzer Debatte, auf die wir noch zurückkommen, werden der Antrag Blumentritt und der Antrag Töbele mit knapper Majorität abgelehnt.
Schluß der Sitzung gegen 7 Uhr.

Angelegen.

Am Sonntag hielt der Halle'sche Anglerverein in Pappendorf sein diesjähriges Angeln ab. Bereits vor Morgen grauen zogen die ersten der Sportzogen hinaus an die herrlich gelegenen Pappendorfer Teiche, und als dann allmählich die Sonne hinter im Osten heraufkam, da sah sie, wie überall an den taufeligen Ufern phantastische Gestalten mit Sad und Bad und langen Pfeten aufstauten.

Aus dem Sport war gut. Als man sich vormittags im Gehweg zur Stadt Halle zum Frühspaziergang traf, hatte bereits mancher sein Gerüst Weißfische im Netz oder Kadaver gehoben, und als man abends im „Deutschen Hof“ zum Fränkentränchen sich einfindet, da sah man es den bescheidigsten Fischern der Frauen sofort an, daß der Sport - was bei den Anglern nicht immer der Fall sein soll - diesmal reichlich gelohnt hatte. Gegen 40 Pfund Fische, hauptsächlich Schleie und Karpfen, waren von ca. 25 Anglern erbeutet worden.

Eine schöne und hoffnungsvolle Eröffnung der Angelfaison. — Petri Heil!

XIII. Delegiertentag des Deutschen Gewerben- und Fabrikantenverbandes.

Die geschäftlichen Verhandlungen beginnen Freitag, den 21. d. Mts., vormittags 9 Uhr im Wintergarten. Auf Einladung haben sich Ergehenden zugewagt: das Königliche Oberbergamt, hier, der königliche Regierungspräsident zu Merseburg, die Handelskammer, hier, sowie verschiedene größere Bergwerks- und Industrielle Firmen. Auch die Knappschiffs-Berufsgenossenschaft, die Norddeutsche Knappschiffs-Berufsgenossenschaft und die Knappschiffsverein haben die Entsendung von Vertretern zugewagt.

Aus dem reichhaltigen, gefelligen Teile entnehmen wir, daß am Nachmittag des Samstagabendes die Weihe der von den Frauen des Vereins gestifteten Gaine stattfand. Die Brüdervereine Bitterfeld, Eisenberg, Erfurt, Hengsdorf, Günthershall usw. werden zahlreich erscheinen, sowie Fabrikdeputationen verschiedener benachbarter Bergwerksbezirke. Auf eine Abordnung der Hallenser erscheint. Die Konzertmusik, sowie der sich anschließende Ball wird von der Kapelle des hiesigen Artillerieregiments ausgeführt. Am Freitag wird auf der Bergseite ein Bierabend veranstaltet, bei dem die Thiemische Kapelle konzertiert. Am Sonntagabend findet eine Wasserfahrt auf der Saale statt. Die Ausführung eines prächtigen Feuerwerks, unter anderem die Beteiligung der Bergwerks- und Fabrikanten, wird von den Herren von Herren Gebirgshaus veranstaltet, die Musik stellt die Düläner Musikkapelle. Ein Sommerfest wird sich auf der Bergseite der Wasserfahrt anschließen. Am Sonntag, den 23. d. Mts., findet als Abschluß ein gemeinsames Mittagessen im Wintergarten statt. Aus allen Teilen Deutschlands werden die Delegierten hier erwartet, um zu enger Arbeit zu tagen, aber auch um die Gastfreundschaft des Zweigvereins Halle zu genießen. Das Festbureau befindet sich im Wintergarten und ist am Samstagabends von vormittags 8 Uhr geöffnet.

Der Präsident der Königlichen Eisenbahndirektion, Herr Wirklicher Geheimrat Oberregierungsrat Seydel, hat sich mit Urlaub nach Marienbad begeben.

Ein Regenbogen erstreckte gestern abend gegen 7 Uhr in herrlichster Farben über unserer Stadt. Von zartem Orange über Gelb und Grün zum dunklen Violett erglänzte die Wassertröpfchen und zeigten mit seltener Klarheit den vollen Halbbogen des Phänomens. Leider ist der ergebliche Regen, nach dem die ausgedröckte Erde schon seit Wochen leidet, noch immer nicht ausgedröckgt. Es kam zwar einiges Naß herab, aber längst nicht genug, um die dürstende Vegetation zu erquiden und die sehnsüchtigen Wünsche unserer Gärtner und Landwirte zu erfüllen.

Veranlassung der Mädelnplage. Seitens des Magistrats sind an solche Schüler unserer städtischen Schulen, deren Eltern in der Nähe der Saaleniederung ihre Wohnung

haben, „Mädelnplage“ betreffend die Befämpfung der Mädelnplage“ ausgegeben worden, die das Wohlthätige über die Lebensweise der Mädeln und die zu ihrer Befämpfung zu ergreifenden Maßnahmen enthalten.

Eine Folge des langen und harten Winters ist das Ausbleiben der Baumblüthen, welche wohl größtenteils erfroren sein werden. Ebenfalls ist bis jetzt noch wenig von den gefragten Mädeln zu sehen und dürfen auch diese unter der Witterung sehr gelitten haben. Wir lägen, wie sich am Sonntag die Jungen in der Heide vergehen bemähten, die Käfer von dem Laubbach der Bäume zu schütteln.

Biophon-Theater. Die erste Nummer des biophonischen Programms ist ein interessanter Ausflug nach der größten Seebadlandschaft Frankreichs, nach dem schönen Marzeille. Gleich darauf erhebt uns der populäre Tenorist Berlin, Gustav Wehner, mit dem Vortrag des „Martin-Entreeleides“ aus der Operette Der Obersteiger, dessen Stimme ebenso wie die Fred Carlos in dem Liebe „Ein Schüh bin ich“ ausgezeichnet erklingt. Für humorvolle Stimmung sorgt bestens der Film „Kur nicht heiraten“, ferner die Episode „Lehmann und die Frauen“ und der unverwundliche Komiker Robert Stedel mit dem Coupletvortrag: „Meine Puppe mit der Puppe“. Spannend und lehrreich sind uns mit dem allseitigen Volkscharakter in anspruchsvoller Weise bekannt machen. Zum Schluß stellt der stolze Film die Zuschauer mit der Detektivgeschichte „Überlock Holmes und sein Hund“ in spannender Aufregung. Das Programm bringt also auch in dieser Woche wieder eine Fülle von Unterhaltung.

Berein gegen Impfung. Der Verein hält am Donnerstag, den 20. d. M., seine 3. Versammlung im Reform-Restaurant, Gr. Uferstr. 18, abends 8½ Uhr ab. Unter verschiedenen Vereinsangelegenheiten soll das Reichs-Impfgesetz, sowie eine Petition der impfungserfahrenen Ärzte Deutschlands besprochen werden. Gäste, welche sich für die Angelegenheiten interessieren, haben freien Zutritt.

Im Gabelsbergerischen Stenographenverein, gegründet 18. Mai 1889, zeigte am letzten Vereinsabend Herr Lehrer Hermann F o w a t s k i, staatlich geprüfter Lehrer der Stenographie, in seiner Rede ein Lebensbild des tüchtig verstorbenen Thüringer Komponisten Karl Haupt, dessen Bedeutung für den Verein darin liegt, daß er der Schöpfer des Feinmechanischen „Meister Gabelsberger“ ist, der den Verein anlässlich seiner Feier des 40jährigen Bestehens vor 10 Jahren gebildet wurde. Den städtischen Stenographen-Verein, „Meister Gabelsberger“, hat unter seiner Komposition und Ingenieur Herr Quentn meiterhaft für Musikdruck bearbeitet. Als Festrede zur Feier des 40jährigen Bestehens des Vereins, am 5.7. Juni d. J., hat Herr Landgerichtsrat Geh. Justizrat Mar S e l l e, Breslau, Leiter der Gabelsbergerischen Kurzschrift an der Universität Breslau, gewonnen worden.

Die Mitglieder des Vereins ohne. Gieuten-Sulzaren veranlassen am Sonntag, den 23. d. M. mit ihren Angehörigen einen Ausflug nach der „Grünen Tanne“ bei Jöberitz, wozu auch Freunde und Gönner des Vereins eingeladen sind. Abmarsch um 3 Uhr nachm. von der Altienbrauerei am Rosplatz.

Provinzial-Nachrichten.

Bom Lanz in der Tob.

Leipzig, 18. Mai. Im Revierort Probstheide des Connewitzer Hofes wurde heute früh gegen vier Uhr nahe dem Linienwege ein junges Liebespaar aufgefunden. Das Mädchen hatte bereits seinen Geist aufgegeben, während der junge Mann das Bewußtsein verloren hatte. Durch ärztliche Unterkrüftung wurde festgestellt, daß beide Lysol zu sich genommen hatten. Der Leichnam des Mädchens wurde in das anatomische Institut überführt. Den jungen Mann brachte man in das Krankenhaus St. Jakob, wo er heute vormittag verstarb, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben. Die Persönlichkeiten beider sind noch nicht festgestellt. Das Mädchen war, wie die „Abendzeitung“ meldet, etwa 20 Jahre alt. Es war u. a. mit grauem Kleid und grauem Sommermantel bekleidet und trug einen weißen Strohhut. Das Leichentuch war J. C. gezeichnet. Der junge Mann, etwa 22 Jahre alt, trug grauliniertes Jackettanzug und schwarzen steifen Fühlhut, sein Leichentuch war H. gezeichnet. In dem Beifig beider wurden u. a. Tanzmarken des Etablissementes Weihenballe gefunden. Es scheint demnach, als ob das junge Paar, es sei seinen Entschluß zur Ausführung brachte, an einem Tanzfest teilgenommen hat.

Ballonverfolgung durch Automobile.

Magdeburg, 17. Mai. Bei der gestern erfolgten Ballonverfolgung blieb der Ballon „Otto von Guericke“ Steyer. Er landete in der Altkamp, und zwar etwa 1 Stunde 20 Min. bevor das erste Automobil auf dem Landungsplatz eintraf.

* Magdeburg, 17. Mai. (E r m ä d t n i s.) Der verstorbene Stadtbaurat Sturmhöfel hat der Stadt Magdeburg 75.000 Mark vermacht.

(1) Stenof. 17. Mai. (T r a u e r) Herrschäft unter den Mannschaften des 10. Infanterieregiments, über die Katenarrest verurteilt worden ist. Niemand erhält Urlaub, jeder muß um 7 Uhr in der Kaserne ein. Grund: Prügeln mit Ziowillen.

Reinigung. 17. Mai. (E r f ö h r u n g s s u c h t.) Wer in diesen Tagen über die Saalberge nach Bad Nauheim wandert, wird stets sein Befremden zeigen, daß der Kapellenstein von rühmlichen Händen wiederholt umgestürzt ist und daß diese historische Erinnerung zum Publikum nicht besser gewirkt wird. Trozdem die Gemeinde Niederwallern, in welcher das Denkmäl liegt, nichts unterlassen hat, den Stein immer wieder in Ordnung zu bringen, finden sich leider stets auch wieder Zerstörer. Die zuständige Behörde hat nun einen namhaften Betrag als Belohnung für die Entdeckung der Täter ausgesetzt.

@ Erfurt, 18. Mai. (E i n e e i g e n a r t i g e R e i s e b e g l e i t u n g) wurde am Sonnabend einer hiesigen Herrschaft zuteil, die nach der französischen Grenze reisen wollte und den D-Zug benutzte. Bald nachdem ihr Zug den Bahnhof verlassen hatte, tauchte vor ihren Augen im Eisenbahnhalle plötzlich der Dienstmann auf, der das Reisegepäck in den Zug getragen und diesen nicht rechtzeitig genug verlassen hatte. Wohl er über müde der Mann bis Gotha mitfahren.

= E d t o b e r g e r, 17. Mai. (S e l b s t m o r d.) Gestern vormittag wurde der Riesenbühnen Franz Martin aus Rißdorf im Reisdorfer Hofe erhängt aufgefunden.

= R e i n h e i t, 16. Mai. (E i n D r a m a i n S t o r g n e t.) Eines plötzlichen Todes starb das Mädelchen eines Störcheppars,

Main table containing stock market data with columns for company names, prices, and various market indicators.

